

Alltagsrassismus im Fitnessstudio?



In dem Verein BSF Hamborn 07 dürfen Sie nur ohne weltanschaulich-religiöse Symbole pumpen. (Foto: BRIT)

Begründet durch die Präsentation religiöser Symbolik werden Kopftuchträgerinnen immer wieder von Sportangeboten ausgegrenzt. Jüngst hat der Duisburger Verein BSF Hamborn 07 einer Mutter mit Kopftuch den Zutritt verboten, als sie ihre Kinder für einen Tanzkurs anmelden wollte. Wie konsequent die Studiobesitzer*innen das Neutralitätsgebot ihrer Satzung – auf das sie sich in diesem Fall berufen – wirklich umsetzen, hat aktuell für euch verdeckt getestet.

Es ist 10 Uhr an einem kalten Wochentag als mein Arbeitskollege – nennen wir ihn der Anonymität wegen Paul – und ich in der Eingangshalle von der Fitnessstudiobesitzerin begrüßt werden. Genauso lieblos wie die Einrichtung des Foyers, ist auch das aufgesetzte Lächeln der Leiterin, als sie Pauls Kopfbedeckung erblickt. Heute spielen Paul und ich nicht nur ein schrecklich verliebtes Paar, das schnellstmöglich Teil des Spießbürgertums werden möchte, wir sind außerdem religiös. Jede*r auf seine Weise: Während Paul eine Kippa – eine kreisförmige Kopfbedeckung, die den Glauben von Juden ausdrückt – trägt, hängt um meinen Hals ein daumengroßes christliches Kreuz.

„Es wäre schön, wenn du das Ding für das Probetraining ausziehen könntest“, sagt die Leiterin und zeigt irritiert auf seinen Hinterkopf. Ihr verblüffter Gesichtsausdruck verrät, die Begegnung mit der jüdischen Kopfbedeckung ist eine Premiere für sie. Paul hilft ihr auf die Sprünge: „Sie meinen die Kippa.“ Mit einem gleichgültigen Lächeln winkt sie eine Mitarbeiterin zu sich, die uns zu den Umkleidekabinen führt. Mein Kreuz bleibt unbeachtet.

In der Kabine ist es dann nicht mehr schwer festzustellen, wie das Publikum des Fitness-Centers aufgestellt ist. Wir befinden uns mitten im konservativen Wohlstand. Mir steigt eine leicht be rauschende Mischung aus Kölnisch Wasser, Nelke und einem markanten Schweißgeruch in die Nase,

als eine ältere Dame mich darauf aufmerksam macht, dass der Spind keine Spardose sei – ich den einen Euro Pfand anschließend wieder mitnehmen müsse.

Ebenso furchteinflößend sind die rassistischen Gesprächsfetzen, die wohl auch im Kontext wenig Sinn ergeben. „Ich mag Türken, wenn sie sich anpassen. Schließlich leben wir hier in Deutschland“, sagt eine der Frauen. Die Kabinenbesetzung scheint sich in Sachen Stigmatisierung, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung einig zu sein – wie auch in dem Vorfall, der das Studio vor wenigen Tagen in die Schlagzeilen brachte. Die 29-jährige Kopftuchträgerin Tuba hätte keinen Grund gehabt, sich über die Aufforderung durch das Personal, die Räumlichkeiten zu verlassen, angegriffen zu fühlen. Schließlich verfolge der Verein in seiner Satzung eine weltanschauliche und religiöse Neutralität. Dass Tuba selbst gar nicht trainieren, sondern ihre vier- und sechsjährige Töchter zu einem Schnupperkurs begleiten wollte, fällt in dieser Sache offenbar nicht ins Gewicht – selbst wenn ihre Kinder keine Kopftuchträger*innen sind.

Eine ganz ähnliche Haltung dazu hat auch der Vorstandsvorsitzende des Studios, Udo Salzburger, der sich *Der Westen* gegenüber folgendermaßen äußert: „Da eine muslimische Frau das Kopftuch symbolisch als Zeichen ihrer Frömmigkeit und damit als sichtbares Zeichen der Zugehörigkeit zur islamischen Religion trägt, können wir schon allein auf Grund der allgemeinen Gleichbehandlung hier keine Ausnahme machen.“ Zweifelsohne ist das sein gutes Recht. Inwiefern sein virtueller Daumen auf Facebook für den Politiker Hans-Christian Strache der rechtspopulistischen FPÖ dabei eine Rolle spielt, kann sich man sich wohl nur hypothetisch vor dem inneren Auge ausmalen.

Christliches Symbol oder Modeschmuck

Ob eine Kippa oder das Kreuz mit einem islami-

Nach dem Wahlkampf



Ob die Internationale Liste eine Kooperation mit dem türkischen Bildungsministerium anstrebt, lest ihr auf **Seite 3**.

Vor dem Roller Derby



Rollschuhe, Frauenpower, Teamgeist – bei den RuhrPott Roller Girls geht es zur Sache. Mehr dazu, lest ihr auf **Seite 6**.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

schen Kopftuch gleichgesetzt werden kann, darf selbstverständlich diskutiert werden. Ob es als Argument ausreichend ist, ein klar als solches zu erkennendes christliches Symbol zu dulden, nur weil man es auch als Modeschmuck lesen kann, ist jedoch zweifelhaft. Auf der Trainingsfläche angekommen, sitzt die Kreuzkette straff an meinem Hals und ist allein durch ihre Größe unübersehbar. Obwohl die Trainerin mir, während sie mich in den Cardio-Bereich einweist, direkt gegenübersteht, bleibt es unentdeckt. Nach dem Warm-Up bittet sie mich darum, den Anhänger unter meinem T-Shirt zu verstecken – nicht etwa die Kette auszuziehen.

An Bauchpresse, Beindrücker und Butterfly rückt das Kreuz immer wieder hervor. Vielleicht ist es der Trainerin zu albern, mich jedes Mal darauf hinzuweisen, das christliche Schmuckstück zu verdecken. Trotzdem scheint es weniger störend, als das Kopftuch einer Mutter, die ihre Kinder zu einem Kurs begleitet, da sie noch zu jung sind, um diesen ohne ihre Hilfe auszuprobieren. Insbesondere weil sie sich nicht auf der Trainingsfläche bewegt hat. Am Ende ist man bekanntlich ja immer schlauer. Denn die anwesenden Kinder werden Zeug*innen von einer peinlich genauen Satzungsbeachtung oder einfach von einer sozialen Ausgrenzung ihrer Mutter. [BRIT]

Die Utopie des werbefreien Campus

Kommentar

Konzeptlos gegen Antisemitismus

Ein Kommentar von Philipp Frohn

Die antisemitischen Ausschreitungen in Folge der Anerkennung Jerusalems als israelische Hauptstadt durch den US-Präsidenten Donald Trump verdeutlichte erneut, dass gegen Judenfeindschaft und israelbezogenem Antisemitismus vorgegangen werden muss – und zwar auch in muslimischen Communities. Nun wollen die Unionsparteien am Holocaust-Gedenktag, 27. Januar, einen Antrag im Bundestag einreichen, der es den Ländern erleichtern soll, antisemitische Zuwanderer*innen auszuweisen. „Wer jüdisches Leben in Deutschland ablehnt oder das Existenzrecht Israels infrage stellt, kann keinen Platz in unserem Land haben“, heißt es dort.

Muslimischer Antisemitismus muss kritisiert werden, soweit ist dem Antrag der Union zuzustimmen. Dennoch ist er an Doppelmoral nicht zu überbieten. Denn anders als die Union behauptet, ist Antisemitismus in Deutschland auch über 70 Jahre nach der Shoa mitnichten ein importiertes Problem. Schon 2012 wies der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus den Bundestag darauf hin, dass jede*r fünfte Deutsche latent antisemitisch sei.

Auch wenn noch immer 90 Prozent der antisemitisch motivierten Straftaten von Rechtsextremen ausgehen, zeigt der Bericht, dass antisemitische Ressentiments ein gesamtgesellschaftliches Phänomen sind. Wengleich auch nicht die klassische Judenfeindschaft ausgesprochen wird, wird gerne auf antisemitische Stereotype zurückgegriffen, um die „Israelkritik“ als des Deutschen liebstes Hobby zu artikulieren oder sekundär antisemitisch den Nationalsozialismus zu relativieren. Schließlich ähnele die Palästinaerpolitik Nazi-Deutschland und Israel betreibe einen Genozid, schreiben Medien wie *Der Freitag*, dessen Chefredakteur Jakob Augstein schon öfter des Antisemitismus bezichtigt wurde. Es wundert also nicht, dass in einer *Stern*-Umfrage 13 Prozent der Befragten Israel das Existenzrecht absprachen.

Die Union legt doppelte Standards an, wenn sie den Antisemitismus quer durch die Gesellschaft kleinreden und antisemitische Zuwanderer*innen des Landes verweisen wollen. Mit progressiver Politik hat das nichts zu tun. Eher verschließt die Union die Augen vor Problemen. Dabei machen Projekte wie Heroes, das Duisburger Muslimen für Antisemitismus sensibilisiert, schon längst vor was getan werden könnte. Auf viel Unterstützung stoßen solche präventiven und innermuslimischen Kritiker*innen jedoch nicht.



An diesem idyllischen Ort könnte Ihre Werbung stehen. (Foto: rat)

Egal ob an schwarzen Brettern, Litfaßsäulen oder Mülleimern: Kommerzielle Werbung ist an vielen Hochschulen üblich. An der Technischen Universität (TU) Dortmund hat der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) nun entschieden, dass Litfaßsäulen bald nur noch von Uni-Internern plakatiert werden dürfen. Ein Modell, das die AStA-Vorsitzende der Universität Duisburg-Essen (UDE) Carlotta Kühnemann begrüßt.

Pünktlich zum Jahresbeginn setzt der AStA der TU Dortmund sich für einen werbefreien Campus ein. „Plakatieren nur noch für Fachschaften! Die Litfaßsäulen sind seit Januar für Interne reserviert. Ihr werdet nie wieder überplakatiert!“ – lautete ein Post auf Facebook. Damit reagierte der Studierendenausschuss auf einen Wunsch der Fachschaftsrätekonferenz. „Den Ärger mit dem dauerhaften Überplakatieren von gewerblichen Anbietern gibt es seit Jahren“, bestätigt AStA-Vorsitzender Markus Jüttermann.

Um dem entgegenzuwirken, übertrug die TU die Verwaltung der acht Litfaßsäulen am Campus zum 1. Januar dem AStA, wodurch künftig die Nutzung der Säulen für studentische Zwecke gewährleistet werden. „Werbung für kommerzielle Partys oder den neusten Kinofilm sind aus unserer Sicht keine studentischen Belange“, so Jüttermann. Vor allem zu Semesterbeginn hätten lokale Clubs oder andere Anbieter*innen Veranstaltungen ohne Uni-Bezug in der Vergangenheit „drastisch plakatiert“. „Es wurde teilweise zwei- bis dreimal täglich ein neues Plakat über die gesamte Litfaßsäule geklebt. Die Fachschafts-Plakate gingen dabei unter“, beklagt Jüttermann. Religiöse oder (partei-)politische Inhalte sowie gewerbliche Plakatierungen „ohne den Hintergrund studentischer Belange“ seien künftig, so der Wortlaut im Vertrag zwischen AStA und TU, auszuschließen.

„Wir fühlen uns keineswegs genügend repräsentiert“, die kommissarische AStA-Vorsitzende der UDE, Carlotta Kühnemann (Lili), sieht in der Vereinbarung an der TU „einen sehr guten Weg in Richtung eines werbefreien Campus“. An den Campussen in Essen und Duisburg gelten unterschiedliche Regelungen, wodurch es dem AStA erschwerte, die kommerzielle Nutzung der vor-

handenen Flächen entsprechend einzuschränken. Während in Essen die Plakatierflächen bereits der Verwaltungshoheit des AStA unterstellt sind, gibt es in Duisburg wenig Raum, überhaupt Werbung für Uni-Veranstaltungen zu machen. „Dort gibt es nur eine Litfaßsäule. Dementsprechend müsste eine solche Vereinbarung dahingehend angepasst werden, weil überhaupt erst neue Flächen errichtet werden müssten“, sagt sie. Auch die Anzahl der Plakatierwände und Schaukästen sei dort gering. „In Duisburg wird uns somit kaum Platz eingeräumt. Dadurch wird es uns enorm erschwert, auf unsere Veranstaltungen und Angebote aufmerksam zu machen“, beklagt die AStA-Vorsitzende und fügt hinzu: „Wir fühlen uns keineswegs genügend repräsentiert auf dem Campus“.

Gewerblicher Kommerz, der an der UDE negativ auffällt, gibt es immer wieder. Erst im November vergangenen Jahres beanstandete der AStA eine riesige Werbetafel von Vodafone vor dem Audimax in Duisburg (aktuell berichtete). „Nachdem wir das im Senat kritisch angebracht hatten, verschwand sie nach kurzer Zeit“, ergänzt Kühnemann, „seitdem steht jedoch die Frage im Raum, wieso es Vodafone so leicht gemacht wurde einfach einen vier Meter hohen Werbeturm mitten vor die Universität zu stellen und uns so extrem viele Steine in den Weg gelegt werden“.

Der Grund: Das Studierendenwerk Essen-Duisburg unterhält eine Kooperation mit der Campus Service GmbH in Köln, die für kommerzielle Werbung, zumindest im Gastro-Bereich, verantwortlich ist. „Drucksachen von studentischen Initiativen, Hochschuleinrichtungen und -gruppen, Fachschaftsräten und dem AStA dürfen nur in den Mensafoyers und mit vorheriger Genehmigung durch die Campus Service GmbH kostenlos verteilt werden“, heißt es dazu auf der Website des Studierendenwerkes. Rund um die Cafeteria am Campus Essen stehen regelmäßig Vertreter*innen, die Studierende direkt ansprechen oder Werbeteilen verteilen. AStA-Vorsitzende Kühnemann ist gegen diesen Werberausch: „In einer Gesellschaft in der wir pausenlos mit Werbung zugespammt werden, ist es schön, wenn wenigstens am Campus den Augen mal eine Pause gegönnt wird. Vor allem weil der Fokus hier definitiv woanders liegen sollte“. [rat]

Inhaltliche Debatte überschattet

Die Internationale Liste (IL) strebt keine Partnerschaft mit der sogenannten ‚Neuen Türkei‘ an, wie die aktuell auf Grundlage einer falschen Übersetzung berichtet hatte. Die Liste spricht davon, dass ein Listenmitglied lediglich eine Verbesserung des Erasmus-Programms mit der Türkei fordere. Doch das ist in Anbetracht der Sicherheitslage vor Ort nicht förderlich – zumal von einer Verbesserung des Erasmus-Programms in der ursprünglichen Nachricht keine Rede ist.

Die falsche Übersetzung einer türkischsprachigen WhatsApp-Nachricht eines IL-Mitgliedes im StuPa-Wahlkampf sorgte im Dezember für Diskussionen. Ausgehend von den Übersetzungen mehrerer Quellen wurde berichtet, die Liste wolle sich für eine Partnerschaft der Universität Duisburg-Essen mit der ‚Neuen Türkei‘ einsetzen. Darunter ist die Schaffung eines autokratischen Systems zu verstehen, das dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan mehr Macht verleiht.

Viele Kommentator*innen in den Sozialen Netzwerken sowie das Institut für Turkistik dementierten die Korrektheit der vorliegenden Übersetzung im Nachhinein. Die Redaktion sah sich zudem mit Beleidigungen konfrontiert. Trotz mehrfacher Kontaktaufnahme vor Veröffentlichung der fehlerhaften Meldung schweig die IL und äußerte sich zum Sachverhalt erst nach Erscheinen der Meldung. Später nahm sie auf ihrer Facebook-Seite Stellung. „Außerdem möchten wir darauf hinweisen, dass keinerlei Kooperation mit dem Bildungsministerium der Türkei angestrebt wird und Hamza [Anmerkung der Redaktion: der Verfasser der WhatsApp-Nachricht] in der Nachricht lediglich den Wunsch formulieren will, die teils 12-monatige Wartezeit im Erasmus-Programm zu verkürzen,“ heißt es dort.

Bildungsministerium ist Teil der ‚Neuen Türkei‘

Für die Hochschulliste sei nicht nachvollziehbar, wie dies als „Werbemaßnahmen für autoritäre Staaten“ verstanden werden könne. Eine erneute Anfrage der aktuell blieb seitens der IL wieder unbeantwortet. In ihrer Stellungnahme schreibt die Liste jedoch, dass die WhatsApp-Nachricht Forderungen eines einzelnen Listenmitglieds beinhalte. Tatsächlich geht aus der WhatsApp-Nachricht aber nicht hervor, dass sich die Forderung auf das Erasmus-Programm bezieht. Ebenso bleibt unklar, wie die Verbesserungen erreicht werden sollen. Vielmehr fordere der Nachrichtenverfasser eine neue Partnerschaft zwischen „unserer Universität“ und dem „Bildungsministerium der Türkei“, wie das Institut für

Turkistik gegenüber der aktuell bestätigt. Der Politikwissenschaftler Ismail Küpeli sieht diese Partnerschaft kritisch: „Das türkische Bildungsministerium, wie auch der Rest des Staates, setzt die Politik der türkischen Regierung um – und diese Politik wird schlussendlich vom Staatspräsidenten Erdoğan bestimmt“, erklärt er. So sei auch das Ministerium ein Teil der ‚Neuen Türkei‘, deren System auf die Schaffung und Stärkung autoritärer Strukturen ausgelegt sei. Die IL weist jeden Einfluss des türkischen Bildungsministeriums im StuPa-Wahlkampf zurück: „Selbst wenn ein AKP geführtes Ministerium eine deutsche Universität durch Gratişuçuk [Anm. d. Red.: Die IL verteilte im Wahlkampf Sucuk an Studierende] unterwandern wollen würde, wäre eine internationale Liste aus türkischen, arabischen, kurdischen, griechischen und deutschen Mitgliedern, die aus fast allen politischen Spektren der deutschen Parteienlandschaft (außer Antideutschen und AfD bis rechteres) stammen, sicherlich nicht die erste Wahl.“ [Anm. d. Red.: Mit Antideutschen ist eine Strömung innerhalb der radikalen Linken Deutschlands gemeint].

Obwohl die geforderte Partnerschaft mit dem türkischen Bildungsministerium kritischwürdig sei, müsse die Auseinandersetzung in einem größeren Kontext stattfinden, kritisiert Küpeli: „Die Kooperationen zwischen Deutschland und der Türkei, nicht nur im Bildungsbereich, werden trotz öffentlicher Auseinandersetzungen weiter gepflegt – und nicht etwa ausgesetzt. Wenn also Partnerschaften mit dem türkischen Bildungsministerium kritisiert werden sollten, dann richtet sich diese Kritik nicht nur an eine Hochschulliste.“

Willkürliche Verhaftungen in der Türkei

Obwohl Listenmitglied Hamza in der Nachricht eindeutig eine Partnerschaft zwischen der UDE und dem türkischen Bildungsministerium fordert, drehte sich die Debatte letztlich um die Übersetzung – eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Forderung fiel größtenteils unter den Tisch. Die IL verweist indes in ihrer Stellungnahme auf die Legitimität ihres Anliegen: „Für uns ist



Die Internationale Liste bezieht Stellung zu den Vorwürfen, sie strebe eine Kooperation mit dem türkischen Bildungsministerium an. (Foto: fro)

auch nicht ersichtlich aus welchem Teil der Nachricht derartige Absichten hervorgehen sollten.“ Es sei folgerichtig, dass sich das Listenmitglied als Teil der IL für die Interessen internationaler Studierender einsetze und das Erasmus-Programm verbessern wolle. „Die Internationale Liste geht offensichtlich davon aus, dass Studierende in der Türkei keine Repressalien zu befürchten haben, wenn sie sich nicht unrechtmäßig betätigen. Wenn man sich anschaut, dass in der Türkei aktuell zehntausende Menschen aufgrund von absurden Anschuldigungen inhaftiert sind – wie Deniz Yücel vorgeworfen wird, dass er ein Spion und Terrorist sei – wird klar, dass diese Annahme falsch ist“, sagt Küpeli. Auch das Auswärtige Amt schreibt in seinen Reise- und Sicherheitshinweisen für die Türkei, dass es seit dem Putschversuch am 15. Juli 2016 zu willkürlichen Inhaftierungen kam, auch vermehrt von deutschen Staatsangehörigen. Vor allem aber seien Personen gefährdet, die enge Bindungen in die Türkei haben oder neben der deutschen auch die türkische Staatsangehörigkeit besitzen. Studierenden den Zugang in die Türkei zu erleichtern, sei vor dem Hintergrund nicht förderlich, meint auch Küpeli, der sich fragt, ob der Liste die Gefahrenlage bekannt sei. [fro]

Warum wählt ihr nicht?



Was ist den Studierenden die repräsentative Demokratie wert? Der Gang zur Wahlurne sollte das Mindeste sein. (Foto: dav)

Der Massenansturm auf die Urnen bei der Wahl zum Studierendenparlament (StuPa) der Universität Duisburg-Essen (UDE) blieb auch im letzten Jahr aus. Eine Wahlbeteiligung von unter zehn Prozent ist die traurige Realität. Doch wie kommt es, dass sich so wenige Studierende für das hochschulpolitische Gremium begeistern können? Einige Nichtwähler*innen haben uns erzählt, warum sie die Wahlkabine meiden.

Nicht einmal 3.000 der über 42.000 UDE-Studierenden hatten in der Wahlwoche vom 27. November bis zum 1. Dezember ihre beiden Kreuze auf dem Wahlzettel gemacht. Eine Wahlbeteiligung von 7,04 Prozent, verkündete der Wahlausschuss. Dieser Wert entspricht in etwa der Beteiligung der vergangenen Jahre. 2015 waren es sogar nur 6,57 Prozent, 2016 immerhin 8,47 Prozent. Damals gab es jedoch auch parallel die beiden Urabstimmungen zu Nextbike und dem freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs). Dass die Beteiligung so gering ist, hat verschiedene Gründe – zumindest wenn man die fragt, die es wissen müssten: die Nichtwähler*innen.

Fehlende Identifikation mit den Listen, geringe Bewerbung der Wahl, fehlende Zeit aufgrund eines durchgetakteten Bachelor- oder Masterstudiengangs. Sich überhaupt mit Hochschulpolitik auseinander zu setzen und der Mangel an Informationen über die Kandidat*innen und Aufgaben des StuPas sind nur einige Punkte, die von Studierenden gegenüber der aktuell genannt wurden. „Es wurde auch erst ein bisschen Werbung gemacht, als die Wahl schon fast vorbei war in Duisburg. Ich hätte mir gewünscht, dass vorher schon

Flyer verteilt würden, im Internet übersichtlicher und transparenter die Parteien und Kandidaten vorgestellt würden“, schreibt beispielsweise Maximilian. Für mehr Transparenz schlägt er eine Plenumsdiskussion vor, die via Livestream im Internet übertragen wird. „In der Diskussion hätte ich dann gerne gesehen, wer welche Argumente hat und wie er für seine Position eintritt.“

Steigert eine Bleibeuni die Wahlbeteiligung?

Ein weiterer Vorschlag, um die Wahlbeteiligung langfristig zu erhöhen, kommt von Facebook-User Em Mo. Er findet, dass die zuständigen Gremien ihre Prioritäten überdenken müssten, „mehr Partys und Kultur auf dem Campus machen nicht nur unsere Uni interessanter, sondern auch die Stadt an sich und laden zum Bleiben ein“. Je mehr Zeit Studierende freiwillig auf dem Campus verbringen würden, desto eher würden sie sich auch für hochschulpolitische Wahlen interessieren. Seine Kritik richtet sich auch an die aus seiner Sicht fehlende Kommunikation der verschiedenen Gremien mit den Studierenden. Viele Informationen würden nicht weitergegeben oder nicht wahrgenommen werden.

So progressiv äußern sich jedoch nicht alle Studierenden. Karim steht den Parlamentarier*innen grundsätzlich negativ gegenüber und meint: „Das Studierendenparlament ist eine Instanz, die quasi in ihrer eigenen Welt lebt und größtenteils von Langzeitstudenten oder Abbrechern besetzt ist, die im StuPa ihre Selbstverwirklichung suchen.“ Zumindest mit den Abbrecher*innen hat Karim in diesem Punkt jedoch Unrecht, da Parlamentarier*innen an der UDE eingeschrieben sein müssen.

Facebook-Nutzer und Student Sergej steht den Mitgliedern des StuPas ebenfalls negativ gegenüber. „Der Großteil davon sind linke Wirtschaftsanalphabeten“, schreibt er. Darauf angesprochen, dass mit den Unabhängigen Demokraten, dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten und der Liberalen Hochschulgruppe auch Listen zur Wahl standen, die sich selbst nicht als links einordnen würden, sagt er: „Die Inhalte der anderen Listen haben mich nicht sonderlich angesprochen. Es gab nur wenig detaillierte Vorschläge. Das ist für mich nicht überzeugend genug.“

Umgangston wird kritisiert

Für einige Studierende spielte es auch eine Rolle, wie die verschiedenen Listen im Vorfeld miteinander umgegangen sind. „An manchen Stellen fand ich den Umgangston der online und auf Facebookseiten der Listen, Gruppen oder Flyern geherrscht hat schon recht bisig und manchmal etwas zickig“, erklärt Studentin Julia. Ein ganz anderes Problem hatte hingegen Carina. Sie hat aufgrund ihres Studienfaches keine Veranstaltungen am Essener Campus, sondern lediglich im Weststadt Carree. „Dort konnte man, soweit ich das gesehen habe, gar nicht wählen“, erzählt sie. Der Wahlausschuss bestätigte auf Anfrage der aktuell: „Am WSC (Mathegebäude) gab es tatsächlich kein Wahllokal. Die Stimmabgabe an diesem Standort ist so gering gewesen in der Vergangenheit, dass es sich einfach nicht lohnte. Aus diesem Grund wurden die Standorte in der Vergangenheit auf die stärkeren Standorte reduziert.“

Generell sei es aufgrund der Brandschutzverordnungen am Campus gar nicht mehr so einfach, ein Wahllokal anzumelden, bemängelt der Wahlausschuss: „So durfte in der Vergangenheit zum Beispiel in R12 schon kein Wahllokal mehr aufgebaut werden und in diesem Jahr wurde ein Wahllokal in V15 vor der Bib untersagt.“

Von Seiten der Universität wird die geringe Wahlbeteiligung nicht sonderlich diskutiert. Es werde lediglich „allgemein bedauert, dass das Wahlrecht nicht von mehr Studierenden ausgeübt wird und sich deshalb zum Beispiel auch die Frage nach Repräsentativität stellt“, schildert Beate Kostka, Leiterin des Presseressorts. Sie betont: „Ändern können dies aber nur die Studierenden selbst.“ Diesmal wurde auf die StuPa-Wahl im Uni-Newsletter hingewiesen, der auch an alle Studierenden verschickt wird. Ansonsten sei der AStA dafür verantwortlich, seine Kanäle zu nutzen und auf die Wahl hinzuweisen. Dennoch ist es ein wenig unverständlich, warum beide Seiten nicht stärker miteinander kooperieren. So sendet doch ein starker AStA, der von vielen legitimiert wurde, auch ein positives Signal an potenzielle Studienanfänger*innen. **[dav]**

Habe Mut, spende Blut!

Eher schleppend läuft derzeit die Blutbande-Aktion der Blutspendezentrale des Universitätsklinikum (UK) Essen, höchstens acht Studierende spenden am Tag ihr Blut. Bis Montag, 29. Januar sollen noch 300 Blutspenden erreicht werden. Dafür winken eine Aufwandsentschädigung von 20 Euro und bei Erfolg der Aktion 2.000 Euro Preisgeld für die Fachschaftenkonferenz. Bis dahin stehen jeden Montag Helfer*innen des UK am Campus Essen bereit, um Blutspenden entgegen zu nehmen.

Das gespendete Blut geht direkt an jene Menschen in Essen, die es auch benötigen. „So profitieren das Uniklinikum, da es nicht extern einkaufen muss, aber auch die Studierenden, da sie in einer Freistunde für eine gute Tat eine Aufwandsentschädigung von 20 Euro erhalten“, sagt Matthias Sommer vom Autonomen Fachschaftenreferat. Bisher hätten allerdings erst viel zu wenig Studierende an der Aktion teilgenommen. Laut www.blutbande.org, wurde noch nicht einmal ein Viertel des Spendenziels erreicht, das sind zirka 70 Spenden insgesamt – obwohl die Aktion bereits seit Semesterbeginn läuft. „Wir müssen aber auch selbstkritisch sein: Die Fachschaften könnten viel mehr Werbung machen“, räumt Matthias ein.

Diese Aktion sei ein letzter Versuch, damit die Station am Hauptcampus Essen nicht schließen muss. „Da das Personal bezahlt werden muss, müssen mehr Spenden ankommen, damit die Wirtschaftlichkeit aufrecht erhalten werden kann“, sagt er. Sollte die Marke von 300 Spenden bis Ende Januar erreicht werden, erhalten die Fachschaften einen Geldpreis von 2.000 Euro von der Stiftung Universitätsmedizin Essen. Wofür die 2.000 Euro genutzt werden, würde auf einer Fachschaftenkonferenz entschieden werden, heißt es vom Fachschaftenreferat. „Wir haben da an eine Anschaffung gedacht, die gemeinschaftlich genutzt werden kann. Zum Beispiel Bierzeltgarnituren oder Pavillons, die sich alle Fachschaften ausleihen könnten“, schlägt Matthias vor. Das Ziel sei bewusst hoch gesteckt worden, da die Fachschaften nicht zwangsläufig auf das Geld angewiesen seien und es eher um die Sache an sich ginge. Sie rufen deshalb noch einmal alle Studierenden dazu auf, die Spendenaktion wahrzunehmen. „Verglichen mit dem, was du mit deiner Blutspende bewirken kannst, ist dein persönlicher Aufwand sehr gering: zirka eine Stunde deiner Zeit und einen halber Liter deines Blutes“, heißt es auf der Internetseite der Aktion.

Außerdem solle die Maßnahme auch die Spendenstation bekannter machen, damit Studierende diese weiterhin nutzen können, und „alle drei Parteien (Patienten, Uniklinikum und Studis) profitieren, quasi eine win-win-win-Situation“, so Matthias. Die Aktion läuft noch bis einschließlich 29. Januar im Gebäude To3 (viertes Obergeschoss, Raum C19 am Campus Essen) immer montags von 11 bis 13 Uhr. Am 15. Januar gibt es einen verlängerten Blutspendetermin von 11 bis 16 Uhr. Mit-



Die Patient*innen des Uniklinikums brauchen dringend mehr Blutkonserven. (Foto: seg)

zubringen sind lediglich der gültige Personal- oder Reisepass oder, falls bereits vorhanden, der Blutspendeausweis.

Was passiert bei der Blutspende?

Damit der Körper den kommenden Blutverlust verkraften kann, sollte die Spende auf keinen Fall mit leerem Magen angetreten werden. Außerdem ist es ratsam, am Vortag nicht allzu fettig zu essen, da dies die Qualität des Plasmas beeinflussen kann. Zudem sollten vier Stunden vor der Spende keine Zigaretten konsumiert werden, da dies zur Verschlechterung der Blutkonserve beitragen kann. Spender*innen sollten außerdem den gesamten Tag über auf sportliche Aktivitäten verzichten.

Nach der Anmeldung erhalten die Spender*innen einen medizinischen Fragebogen, bei dem Informationen und Daten rund um die Gesundheit abgefragt werden. Danach folgt eine kurze ärztliche Untersuchung, bei der Blutdruck, Körpertemperatur und Puls gemessen und der Fragebogen besprochen wird. Durch Entnahme eines Blutstropfens wird zudem der Hämoglobinwert bestimmt. Zusätzlich ermittelt ein Schnelltest bei Erstspender*innen vorläufig die Blutgruppe, die später im Labor genau überprüft und schließlich auf den Blutspendeausweis gedruckt wird. Nach der Untersuchung findet die Spende unter Aufsicht von erfahrenen Helfer*innen statt. Dabei spendet er*sie 500ml Blut. Meist dauert die Prozedur nur einige Minuten und ist schmerzfrei. Am Schluss hat der*die Spender*in die Möglichkeit, die Blutkonserve anonym von der Weiterverwendung auszuschließen, wenn die Person etwa wegen eines Infektionsrisiko weiß, dass das Blut ungeeignet ist, dies aber nicht vor anwesenden Freund*innen oder Bekannten zugeben möchte. Nach Abschluss der Spende ist es wichtig, genügend zu essen, zu trinken und zu entspannen, damit der Körper sich regenerieren kann. [seg]

Bilden!

Freiheit in den Religionen



Was bedeutet Freiheit? Die Vortragsreihe „Freiheit in den Religionen“, organisiert von der Universität Duisburg-Essen und den evangelischen Kirchenkreisen in Essen und Duisburg, stellt verschiedene religiöse Blickwinkel hierzu vor und lädt zum anschließenden Gespräch ein. Katajun Amipur, Islamwissenschaftlerin (Universität Hamburg) sowie stellvertretende Direktorin der Akademie der Weltreligionen macht mit ihrem Vortrag ‘La ikraha fi din’ – Es gibt keinen Zwang in der Religion. Oder doch?’ den Anfang. **Donnerstag, 11. Januar, 19 Uhr, Marktkirche Essen, Markt 2, Eintritt frei**

Ballern!

Trashpop

Nach den Ferien mal wieder zu bunten Beats und trashigen Bässen das winterliche Bärchenfell schütteln. Lasst eure 90er-Träume des Girl- und Boy Group-Daseins aufleben und performt mit euren Liebsten zu Wannabe, Cotton Eye Joe, Barbie Girl und Co. Im Vorverkauf können bereits Tickets unter <https://krasserstoff.com/event/107871> erworben werden.

Samstag, 13. Januar, 23 bis 6 Uhr, Hotel Shanghai, Essen, Eintritt: 7,16€ VVK

Noch mehr Bilden!

Workshop zu Praxissemester und Vorbereitungsdienst

Die GEW-Hochschulgruppe Essen lädt ein zu einem Workshop zum Schulrecht. Referent Uwe Riemer-Becker (GEW NRW) klärt über Rechte und Pflichten von Studierenden im Praxissemester und Vorbereitungsdienst auf. Anschließend bleibt Zeit für persönliche Fragen und Diskussionen. Um eine Anmeldung per Mail an hib-essen@gew-nrw.de wird gebeten.

Montag, 15. Januar, 16-18 Uhr, V13 500 D50 (Campus Essen), Eintritt frei

Rasant und derb - Roller Derby

Der Sport ist schnell, hart – und weiblich! Beim Roller Derby geht es manchmal ganz schön zur Sache. Genau das Richtige für die Frauen von den RuhrPott Roller Girls aus Essen. Bei ihrem ersten Stammtisch im neuen Jahr, 4. Januar, hat die aktuell mit dem Team darüber gesprochen, worum es beim Roller Derby geht und vor welchen Herausforderungen sie stehen.

Roller Derby wird auf Rollschuhen auf einer ovalen Bahn gespielt. Dabei bestehen die zwei gegnerischen Teams aus jeweils vier Blockerinnen und einer Jammerin. Ihre Aufgabe ist es, durch das gegnerische Team durchzufahren und es zu überholen. In der nächsten Runde gibt es dann jeweils einen Punkt für jede überholte gegnerische Spielerin. Die Blockerinnen versuchen ihre Jammerin dabei zu unterstützen und gleichzeitig die des anderen Teams zu behindern.

Traditionellerweise hat jede Spielerin einen Derby-Namen, sozusagen einen Künstlernamen. Der Vollkontakt-Teamsport stammt aus den USA der 30er Jahre und erlebt seit den frühen 2000ern als Flat Track Roller Derby auch in Europa ein Revival. Die RuhrPott Roller Girls haben sich 2009 gegründet. Regelmäßig tritt die Truppe mit Spielerinnen zwischen 21 und 40 Jahren gegen Teams aus ganz Europa an.

„Jeder wird gebraucht“

Die Sportart sei eng mit der Punk-Szene verbunden, erklärt Gesa, alias Maddie Munchkin, ehemalige Studentin an der Universität Duisburg-Essen (UDE). Daher käme auch die Do-It-Yourself-Mentalität. Alles wird selbst organisiert, die Spiele, die Hallen, die Finanzierung, die Verpflegung. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass das bei anderen Sportarten genauso funktioniert“, meint Alex, offizieller Schiedsrichter für das Roller Derby. Genau so stark stünde bei dem Sport auch das Gemeinschaftsgefühl im Vordergrund, beschreibt er, „das ist alles eine große Familie“. Auch für Melina, alias HULKIE, hat die Gemeinschaft einen besonderen Stellenwert. Ihr gefalle am meisten, „dass man sich während des Spiels nicht leiden kann, aber danach zusammen feiern geht“.

Dieser Eindruck bestätigt sich auch beim Stammtisch. Gemütlich geht es im Essener Café Nord zu. Es wird viel gelacht und sich lautstark quer über den ganzen Tisch unterhalten. Die Spielerinnen erzählen mit viel Begeisterung, was sie am Roller Derby fasziniert. Es handle sich in vielerlei Hinsicht um einen außergewöhnlichen Sport, erklärt Gesa. „Jeder hat seinen Platz. Du musst nicht schon von Kindesbeinen an Sport gemacht haben, jeder kann mitmachen. Das heißt jeder, der sich als Frau versteht. Egal ob du groß oder klein, dick oder dünn bist, das ist egal. Jeder wird gebraucht“. Für die RuhrPott Roller Girls ist es besonders wichtig, dass es sich um einen rein weiblichen Sport handelt. „Von Frauen für Frauen“, betont Nina, alias Ninoy. „Es gibt ja Fußball und Frauenfußball oder Volleyball und Frauenvolleyball. Frauen spielen



Mit einem Sieg von der Bahn geben die Roller Girls als Team – nicht als Einzelspielerinnen. (Foto: Alina Hornbostel)

immer die zweite Geige. Beim Roller Derby stehen sie im Vordergrund“. Der feministische Aspekt sei eine maßgebliche Seite des Sports und werde von manchen sehr stark ausgelebt, bestätigt Gesa.

Auch für die Zuschauer*innen ist ein Spiel der RuhrPott Roller Girls immer ein Erlebnis. Steffi ist nicht nur „Spielerfrau“ und Studentin an der UDE, sondern feuert das Team auch leidenschaftlich gern vom Spielfeldrand aus an. „Es ist immer aufregend, weil es sehr taktisch geprägt ist. Am Anfang sind die Regeln sehr schwierig zu verstehen, aber es ist spannend, wenn man die Strategien versteht“, berichtet sie.

Viele Spiele finden in der Rollsportarena in Essen-Frohnhausen statt, die für zirka 160 Gäste Platz bietet. „Es würden auch mehr Leute kommen, aber mehr passen eben nicht rein. Manchmal müssen wir die Leute dann sogar wegschicken“, berichtet Mel. Dafür, dass die Zuschauer*innenzahl weit niedriger ist als bei anderen Sportarten, würde es bei jedem Spiel trotzdem immer sehr laut zugehen, lacht Steffi. „Manche bringen auch Trommeln mit und machen richtig Stimmung“, erzählt sie.

Verschiedene Herausforderungen

Trotz der wachsenden Beliebtheit steht das Team vor immer neuen Hürden. Die Roller Girls finanzieren sich durch monatliche Mitgliedsbeiträge und aus Einnahmen aus Heimspielen. Gesucht werden aber immer auch Sponsor*innen, besonders wenn aufwendigere Reparaturen anstehen. „Wenn größere Anschaffungen offen sind, schauen wir immer, dass jeder sich das irgendwie leisten kann und dann teilen wir das auf“, erklärt Mel. Laut Gesa sei es zudem manchmal schwierig, geeignete Trainingsräume zu finden.

Im Sommer trainiert das Team oft auf der Rollschuhbahn im Grugapark und ansonsten häufig in der Frohnhausener Rollsportarena. Trotzdem sind die Skaterinnen immer auf der Suche nach Räumen. „Wir haben momentan Probleme, in städtische Hallen zu kommen, weil die Hausmeister immer der Meinung sind, wir würden die mit unseren Rollschuhen kaputt machen“, beschwert sich Gesa.

Irgendwie würde es aber immer klappen. Dreimal die Woche trainieren die fortgeschrittenen Skaterinnen, die Anfängerinnen zweimal. Dazu gibt es noch ein freiwilliges Fitnessstraining. Geschult wird am Anfang besonders wie man richtig fährt, fällt und sich abfängt. „Da darf man auf jeden Fall nicht zimperlich sein“, sagt Gesa lachend, schlimme Verletzungen gäbe es aber kaum. Später lernen die Spielerinnen dann Spielzüge und Strategien. Beim Training und bei Spielen tragen die Teammitglieder außer Rollschuhen Knie- und Ellbogenschoner, einen Helm, einen Mundschutz und Trikots. Die Zeiten von Netzstrumpfhosen, wie es in vielen Teams, besonders in Amerika, immer noch Brauch ist, seien allerdings vorbei, meint Gesa. „Wir wollten weg von diesem ganzen Halli Galli“. „Es hat sich mittlerweile zu einem ernsthaften Sport entwickelt“, bestätigt Leela.

Die zehn weltbesten Roller Derby Teams treten jährlich bei den WFTDA Championships gegeneinander an. Zudem gibt es den Roller Derby World Cup im Dezember und mehrere größere europäische Turniere. Auch die Roller Girls mischen bei den verschiedenen Wettkämpfen kräftig mit. In der Vergangenheit traten sie mit Erfolg bei deutschen Meisterschaften an und gelten nun als eines der fünf besten Teams in Deutschland, was sie zur Teilnahme an der ersten Bundesliga berechtigt. Wann sie das nächste Mal im Ausland spielen werden, ist noch unklar. „Spiele im Ausland hängen immer auch von der Teamkasse ab. Oft fahren wir dann zum Beispiel nach Holland oder Belgien“, sagt Mel.

Die nächsten fest geplanten Heim- und Auswärtsspiele finden im April statt. Was davor und danach geschieht, ist noch in Planung. Neugierige sind aber herzlich zum Rookie-Tag am 24. Februar eingeladen. Dort können Interessierte sich Rollerblades an die Füße schnallen oder ganz unverbindlich Derby-Luft schnuppern. Mehr Infos dazu gibt es bei Facebook. Wer es bis dahin nicht abwarten möchte, kann die Roller Girls auch beim nächsten Stammtisch kennenlernen, der immer am ersten Donnerstag im Monat im Café Nord in Essen stattfindet. [seg]

CSD in Düsseldorf: Absage vom LesBi-Referat der HHU



Werden in diesem Jahr keinen Spaß am CSD haben: Das LesBi-Referat der HHU. (Symbolbild: dpe)

Vom 1. bis zum 3. Juni soll der Christopher Street Day (CSD) in Düsseldorf durch die Stadt ziehen. Auch die Vertretung von lesbischen und bisexuellen Frauen an der Heinrich-Heine-Universität (HHU) in Düsseldorf, das LesBi-Referat, beteiligte sich in der Vergangenheit an den Aktionen. Weil sich „viele Frauen* und non-binaries nicht angesprochen fühlen“, kritisiert das Referat das Organisations-Team des CSD und hat als Konsequenz angekündigt „schweren Herzens [...] nicht am diesjährigen CSD in Düsseldorf teilzunehmen.“

Im Mai 2017 hatten 1.500 Menschen am CSD in Düsseldorf teilgenommen, darunter auch Studierende der Düsseldorfer Hochschullandschaft (aktuell berichtete). In einem Statement vom Donnerstag, 4. Januar, auf Facebook, schildern die Referent*innen Katharina Sternke und Michelle Mommertz dass ihnen schon im Mai viele Dinge nicht gefallen hätten: „Unter Anderem das Fehlen von All-Gender-Toiletten und die offizielle Party ‚Mandanzz‘, die aufgrund ihres Namens als allgemeine CSD-Party vollkommen ungeeignet ist und von der sich viele Frauen* und non-binaries nicht angesprochen fühlten.“

Unrepräsentierte Communitymitglieder

Doch das CSD-Orga-Team sah deshalb keinen Handlungsbedarf. Denn wie kürzlich vom CSD bekannt gegeben wurde, heißt die offizielle Party nun erneut Mandanzz, also genauso wie der Club, in der die Party stattfinden soll. Grund genug für die Referent*innen, ihre Kritik zu erneuern. Nachdem sie in der Facebook-Veranstaltung des CSD eine Diskussion begannen, stießen sie auf sexistische Reaktionen. Der aktuell liegen Screenshots vor, in denen Sternke und Mommertz als „Feministen-Fotzen“ beleidigt werden. Der CSD erklärte auf Nachfrage der Referent*innen: „Wir sehen hier keinen weiteren Handlungsbedarf, unser weiteres Vorgehen haben wir bereits beschrieben.“

Zuvor hatte der CSD angekündigt, das Thema auf der nächsten Versammlung besprechen zu wollen und verwies auf die Meldefunktion bei Facebook.

Der CSD sah sich zu einer weiteren Erklärung der Namensgebung bewegt. Demnach handle es sich bei der Mandanzz nicht um die Übersetzung zu dem englischen man für Mann, sondern man für Mensch. Benannt sei die Mandanzz nach dem Album *Mandance* (1999) des mit 73 Jahren verstorbenen schwarzen Jazz-Schlagzeugers Ronald Shannon Jackson. Dieser habe damit den Menschheitstanz gemeint. Der CSD erklärte außerdem: „Jedoch finden auch wir, dass die Mandanzz nach 30 Jahren nicht mal eben umbenannt werden kann.“ Für die beiden Referent*innen wenig überzeugende Argumente. Weil die beleidigenden Kommentare trotz Aufforderung nicht gelöscht wurden, erklärte das LesBi-Referat letztendlich, dass sie „keine Veranlassung sehen, am CSD in Düsseldorf teilzunehmen“. Erst zu einem späteren Zeitpunkt wurde dann der gesamte Beitrag, samt Kritik der Referent*innen, gelöscht. Zufrieden sind die beiden damit nicht, der Umgang sei unprofessionell und intransparent. Es entstehe der Eindruck, die Kommentare seien nach der Devise „nervt nicht weiter“ gelöscht worden. Außerdem sei unklar, ob die Kommentare von Facebook oder den Seitenbetreiber*innen gelöscht wurden.

Bedauerlich sei, „dass Frauen* und Feminismus anscheinend auch in der LGBT* Community nicht ernst genommen werden und man lieber aus Gewohnheit an einem Namen festhält, anstatt inklusiv eine Community zu repräsentieren, die so viel mehr ist als weiße, schwule, Cis-Männer [Anm. d. Red.: Männer, die sich ihrem Geschlecht zugehörig fühlen]“, sagen die Referentinnen. Vom CSD wünscht sich das Referat „mehr Sichtbarmachung von allen vom CSD vertretenen Gruppen. Vor allem Frauen und nicht-binäre Personen sind nicht so sichtbar wie sie es sein könnten“, bemängeln sie. Bis Redaktionsschluss lag der aktuell vom CSD Düsseldorf kein Statement vor. [dpe]

Kurzgefasst

HS Niederrhein: Comeback der AfD-Professorin?

Kurz vor der Bundestagswahl wollte die Wirtschaftspräsidentin Karin Kaiser an der Hochschule Niederrhein (HS Niederrhein) am 21. September ihre Veranstaltung „Tod des Rechtsstaat“ in den Räumlichkeiten ihres Arbeitgebers abhalten. Gemeinsam mit Studierenden und Vertreter*innen bestimmter politischer Parteien wollte sie einen Forderungskatalog erarbeiten, den sie später der neuen Bundesregierung übergeben wollte. Daraus wurde nichts. Denn die Hochschule sagte die Veranstaltung wegen mangelnder politischer Neutralität ab. Später erklärte Kaiser, die Wahlkampf für die völkische AfD machte und auf Platz Acht der Landesliste Schleswig-Holstein den Einzug in den Bundestag verpasste, die Gründe für ihre These (aktuell berichtete).

Laut Kaiser hätten Richter*innen „bis heute nicht [die] volle Emanzipation von der Exekutiven und Legislativen erfahren“. Sie sieht sich als Opfer einer Verschwörung, weil sie an der Fachhochschule Kiel nicht auf Lebenszeit verbeamtet wurde und mit ihrer Beschwerde deshalb vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte stand und scheiterte. Wie in einem schlechten Krimi fragte die Professorin: „Wer könnte ein Interesse daran haben, dass Karin Kaiser nicht mehr als Professorin in Schleswig-Holstein tätig sein würde? Wollte man nicht, dass ich einen Forschungsschwerpunkt im Bereich der Wirtschaftskriminalität aufbauen würde?“

Bis Dezember passierte an der Hochschule nichts weiter, später kündigte die Hochschule der Professorin. Hochschulsprecher Christian Sonntag wies Spekulationen darüber zurück, dass es aufgrund der Vorgänge im September zu der Entlassung gekommen sei. Wie Kaiser kürzlich in einer Pressemitteilung ankündigte, hat sie nun einen Antrag auf Raumnutzung in der HS Niederrhein am Standort Mönchengladbach gestellt, um ihre im September 2017 abgesagte Veranstaltung im Januar dieses Jahres nachzuholen. Zudem sagt die AfD-Professorin, sie sei „der festen Überzeugung [...] die Kündigung durch die Hochschule Niederrhein basiert auf einem großen Missverständnis.“ Offenbar hat sie deshalb Klage gegen ihre Kündigung eingereicht. Schon am 16. Januar soll, laut Pressemitteilung Kaisers, ein Gutetermin vor dem Arbeitsgericht Mönchengladbach zur Klärung des Sachverhalts anberaumt sein. [dpe]

Zeitungsredakteur*in gesucht!



Die aktuell ist die studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet. In einem Team von neun Redakteur*innen erstellen wir in der Vorlesungszeit wöchentlich und in der vorlesungsfreien Zeit zweiwöchentlich eine achtseitige Zeitung aus studentischer Perspektive. Wir verstehen uns als Lernredaktion. Du kannst bei uns deine ersten, zweiten oder dritten Schritte als Journalist*in machen.

Die Zeitung wird montags von fünf Redakteur*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, mittwochs findet eine Redaktionssitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt. An diesen Tagen solltest du also nicht verhindert sein. Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gern mit maximal drei beigefügten Textproben von dir, bis einschließlich **Donnerstag, den 8. Februar 2017**, an: vorsitz@asta-due.de. Bitte scheut euch nicht eure Bewerbung einzureichen, auch wenn ihr keine oder nur wenig Erfahrung habt.

Was ihr mitbringen solltet:

- erste journalistische Erfahrungen und/oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten
- ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherche
- Stressresistenz bei Zeitdruck und Bereitschaft zur Diskussion
- Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten
- Erfahrung mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und WordPress und/oder die Bereitschaft, diese Fähigkeiten mit Hilfe der Redaktion zeitnah zu erlernen
- Verbundenheit zur Studierendenschaft und eine klare Haltung gegen jegliche Diskriminierung
- Kenntnisse und Interesse an Kultur, Forschung, Studium, Sport, Hochschulpolitik, studentischen und lokalen und regionalen emanzipatorischen Initiativen
- Großes Engagement, Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitzuarbeiten

Was wir euch bieten:

- Ein Zeichengeld von 3 EUR pro 500 Zeichen
- Ein Honorar von 70 EUR pro Produktion
- Ein Honorar von 30 EUR pro Online-Redaktion
- Ein Honorar von 20 EUR pro Foto

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht u.a.

Projektkoordination: Redaktionsschwein Ferdi

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Philipp Frohn (fro), Britta Rybicki (BRIT), Daniel Veutgen (dav), Sarah Dannehl (caro), Mirjam Ratmann (rat), Julia Segantini (seg), Dennis Pesch (dpe)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 3.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

					2	5
	2	7	5	3		4
9		8				
2	8		1		5	
	3	4		8	1	
	1		2		7	8
				9		7
3		5	8	6	2	
6	9					

WOHNHEIMGESCHICHTEN

